

- 9. NOV. 1961

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/253 - 9. November 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 836 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Nicht begriffen!</u> "Fall Vracario" ist noch nicht erledigt	69
3 - 5	<u>Eine grundsätzliche Entscheidung</u> Endgültiger Trennungsstrich zwischen SPD und SDS Von Bruno Friedrich	123
6	<u>Würdelos</u> Folemik um Wohnungsbau wie sie nicht sein soll Eine notwendige Antwort an den "DUD"	42
7 - 8	<u>Zwei Millionen Algerien-Flüchtlinge</u> Kinder, Frauen und Greise Eine der grössten Nachkriegstragödien	53
8	<u>Solidarität</u> Ein beispielhafter Aufruf	20

* * *
* *

Nicht begriffen !

"Fall Vracaric" ist noch nicht erledigt

sp - So verständlich es sein mag, daß die unmittelbar an der Verhaftung des Jugoslawen Vracaric beteiligten Stellen versuchen, aus dem ganzen Vorfall eine "bürokratische Bagatelangelegenheit" oder einen "Präzedenzfall ungeklärter Gesetzgebung" zu machen, - irgendetwas müssen sie ja wohl sagen - so unverständlich ist es dagegen, wenn der Verhaftungsskandal in einer Weise dargestellt wird, die das deutsche Ansehen im Ausland immer mehr schädigt.

Immer noch "Mordfall"

So hat eine sonst sehr geachtete Nachrichtenagentur noch am 8. November - also bereits nach der Freilassung von Vracaric - von einem "Mordfall" berichtet. Zu diesem Zeitpunkt war schon völlig klar, daß der Verhaftung des Jugoslawen eine Kriegshandlung zugrunde lag. Das Wort "Mord" spukt auch noch in einigen Zeitungen herum, als ob man es darauf abgesehen hätte, nicht nur die jugoslawische Presse, sondern auch die Presse des uns befreundeten Auslands darauf aufmerksam zu machen, wie wenig man von dem ganzen Vorgang begriffen hat.

Warum funktionierten fünf "Bremsen" nicht ?

Auch noch einige andere Erklärungen und Tatbestände am Rande des Ereignisses sind bemerkenswert. So hat jetzt z.B. das Bundesjustizministerium in Bonn zugegeben, daß im "Ablauf der Affäre" fünf bürokratische und juristische "Bremsen" eingebaut waren, von denen keine einzige funktionierte! Diese fünf "Bremsen" sind die Stellen, (Justiz oder Polizei) bei denen die Akte Vracaric vorlag. Nicht ein einziger der mit dem Fall befaßten Beamten scheint auf die Idee gekommen zu sein, daß die Ursprungsakte - der Fahndungsbefehl aus dem Jahre 1941 - einer Überprüfung wert ist, die auch den seither bekannten historischen Tatbeständen standhält.

Verwand für "Notstand"

Eine andere Stelle des Bonner Justizministeriums hat auf dem Weg über den "Fall Vracaric" versucht, einem wissensdurstigen Journalisten einzureden, daß man "bei der kommenden Notstandsgesetzgebung gewisse Kompetenzen der Justizministerien der Länder nunmehr auf eine Zentrale konzentrieren sollte". Gesprächsweise wurde hierbei angedeutet, die Begriffe

"Sicherheit" und "Interessen der Bundesrepublik" müßten aufeinander abgestimmt werden...

Akten durch den "Wolf" gedreht

Herr Vracaric ist wieder in seine Heimat zurückgekehrt. Vor der Abfahrt aus München hat man - wie es so schön heißt - sein ganzes Aktenstück "durch den Wolf gedreht". Man hat die Unterlagen der Blamage also vernichtet und es besteht jetzt nicht mehr die Möglichkeit zur Überprüfung des Vorfalls in allen seinen Einzelheiten. Es ist in diesem Zusammenhang bekanntgeworden, daß Herr Vracaric keine Gelegenheit hatte, den vollen Wortlaut der gegen ihn im Jahre 1941 erhobenen Vorwürfe kennenzulernen und noch weniger diejenigen Stellen, die im Jahre 1960/61 die mit dem Hakenkreuzstempel versehenen Grundakten zum Anlaß ihrer Aktion gegen den Jugoslawen verwandten.

"Private Anzeigen" - Ablenkungsmanöver ?

Unter den zahlreichen Erklärungen, die von berufenen und weniger berufenen Stellen in den letzten Tagen zum "Fall Vracaric" entschuldigend abgegeben wurden, befindet sich auch eine, in der gesagt wird, zusätzlich zu den Grundakten aus dem Jahre 1941 (mit Hakenkreuzstempel) seien in letzter Zeit auch einige "private Anzeigen" gekommen. Merkwürdigerweise wurde diese Behauptung nicht wieder aufgegriffen, aber das ist kein Grund, sie in Vergessenheit geraten zu lassen.

Wenn es solche privaten Anzeigen gibt, dann sind die zuständigen Stellen verpflichtet, ihnen nachzugehen. Davon hat man jedoch nichts gehört. Haben jedoch die privaten Anzeigen überhaupt nicht existiert und hat man ihr Vorhandensein nur behauptet, um von der Tatsache abzulenken, daß die Grundakten für den Verhaftungsbefehl aus dem Jahre 1941 (mit Hakenkreuzstempel) stammten, dann muß vermutet werden, der Urheber einer solcher Erklärung habe b e w u ß t die Öffentlichkeit und vielleicht sogar seine vorgesetzten Stellen irreführen wollen.

* * *

Die Bundesregierung ist es ihrem Ansehen und ihrer Glaubwürdigkeit im In- und Ausland schuldig, daß sie für die möglichst schnelle und gründliche Beantwortung a l l e r mit dem "Fall Vracaric" im Zusammenhang stehenden immer noch offenen Fragen sorgt. Mit der Rückkehr des Herrn Vracaric in seine Heimat und mit der Vernichtung des Aktenbündels ist die Angelegenheit nicht erledigt. Zu der Art, wie die Sache bisher angepackt wurde, kann man nur sagen: Nicht begriffen! + + +

Eine grundsätzliche Entscheidung

Von Bruno Friedrich

Der Parteivorstand der SPD hat kürzlich beschlossen:

"Die Mitgliedschaft in dem Verein 'Sozialistische Förderer-Gemeinschaften der Freunde, Förderer und ehemalige Mitglieder des Sozialistischer Deutschen Studentenbundes e.V.' ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wie es ebenso unvereinbar ist, Mitglied des SDS und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sein."

Dass grosse demokratische Parteien gezwungen sind, sich gegen Gruppen abzugrenzen, deren Anspruch auf Führung, deren Aktivität und subversiver Ehrgeiz im umgekehrten Verhältnis zu ihrer demokratischen Legitimation steht, ist in unserer Zeit weder neu noch aussergewöhnlich. Dass die Mitgliedschaft im SDS eines Tages nicht mehr zu vereinbaren sei mit der Mitgliedschaft in der SPD, auch das war nach dem sich vom SDS distanzierenden Beschluss des Parteivorstandes der SPD vom 19. Juli 1960 zu erwarten. Dagegen wird mancher überrascht sein vom Zeitpunkt des Beschlusses. Warum jetzt, in einem Augenblick, da in der Öffentlichkeit kein Mensch vom SDS redet? Die Antwort auf diese Frage zeigt klar, um was es der SPD in diesem Fall geht: es geht ihr um eine grundsätzliche Entscheidung.

Politische Studentenverbände sind in ihrer Struktur für Aussenstehende schwer überschaubar. Sie sind zahlenmässig schwach, wegen der Eigenheiten des Studiums einer starken Fluktuation unterworfen; oft umschliesst ein Verband recht heterogene Strömungen. Kleine, aber zielbewusst arbeitende Gruppen haben deshalb die Chance, durch geschickte Argumentation und rücksichtslose Intrigen einen Verband in ihrem Sinne zu manipulieren.

Ein Musterbeispiel dafür ist die Entwicklung im SDS. 1946 gegründet und bis 1958 ein angesehenener politischer Studentenverband, geriet er Ende 1958 unter den dominierenden Einfluss einer Gruppe, die konsequent eine geistige Orientierung des SDS in Richtung des damals als Entwurf vorliegenden Godesberger Programms bekämpfte. In der Tagespolitik kritisierten diese Kräfte einseitig den Westen und verneinlichten oder entschuldigten die Diktatur des Kommunismus. Die Sozialdemokraten im SDS mussten schliesslich erkennen, dass es unmöglich geworden war, innerhalb des SDS ein Ende der Intrigen durchzusetzen. Sie gründeten im Mai 1960 den Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB), der sehr bald in seine Aufgabe als legitimer Sprecher und Vertreter des demokratischen Sozialismus an den deutschen Hochschulern hineinwuchs; innerhalb weniger Monate übertraf zahlenmässig und an politischer Bedeutung der SHB den SDS.

Der Irrtum des SDS

Wenn sich die SPD im Juli des vergangenen Jahres nur vom SDS distanzierte und nicht sofort die Unvereinbarkeit konstatierte, dann nicht zuletzt aus dem Wissen heraus, dass junge Menschen, die den Prozess ihrer geistigen Prägung durchleben, Anspruch auf Nachsicht haben. Der SDS hat die Grenzen dieser Nachsicht falsch eingeschätzt. Einmal, als sein Vorsitzender Kallauch im Oktober 1960 auf der SDS-Bundeskonferenz erklärte, "dass die augenblickliche Wahlkampfstrategie unserer Partei ein schwarzes Schaf braucht, das geopfert wird, um die Glaubwürdigkeit des Wahlkampfes zu beweisen". Kallauch irrte, denn der endgültige Trennungsschritt zwischen Partei und SDS wurde nicht im Wahlkampf, sondern nach der Wahl gezogen. Zum zweitenmal irrte der SDS während des Bundestagswahlkampfes und in den ersten Wochen danach, als die Manager seines Kurses glaubten, die Sozialdemokratie sei im Umgang mit den kommunistischen Zersetzungsmethoden so unerfahren, dass sie aus einer selbstmörderischen Toleranz heraus zusehen werde, wie die Mitglieder einer Organisation, deren Ziel es ist, die SPD zu paralysieren oder zu spalten, unter Berufung auf ihre Mitgliedschaft in der SPD ihre Zersetzungsarbeit betreiben.

"Neue Linke"?

Der SDS ist heute kein politischer Studentenverband im Sinne des Wortes. Er ist eng verflochten mit Gruppierungen, die mit vielschichtigen und auch internationalen Verbindungen unter dem Begriff "Neue Linke" all jene Kräfte sammeln, die in den letzten Jahren gescheitert sind, weil ihre Verwandtschaft oder Abhängigkeit von Kommunismus nur allzufrüh recht deutlich wurde. In der Bundesrepublik versucht diese "Neue Linke" Nutzen aus dem Fiasko der vor Monatsfrist so kläglich gescheiterten DFU zu ziehen. Sie spekuliert auf jene Kräfte, die die DFU heute nicht mehr als ausreichende Basis für eine weitere Arbeit betrachten.

Eine den Kurs des gesamten SDS-Verbandes stark beeinflussende SDS-Gruppe, die von einem Fördererverband finanziert wurde, hat während des Wahlkampfes und unmittelbar nach der Bundestagswahl die Aufgaben und Ziele dieser "Neuen Linken" definiert. Die Verhältnisse in der Sowjetzone wurden von ihr als legale "sozialistische" Maßnahme dargestellt, während man der SPD "Propagierung einer Volksgemeinschaftsideologie" und "Tendenzen zu einem neuartigen rationalisierten Faschismus" unterstellte.

Unzulässige Starthilfe

Sowohl der alte als auch der neue Bundesvorsitzende des SDS haben sich vor der diesjährigen Bundeskonferenz des SDS, Anfang Oktober in Frankfurt/Main, zur "Neuen Linken" bekannt und den SDS

als ihr zugehörend bezeichnet. Der gleichfalls auf dieser Tagung konstituierten Bundes-Förderergesellschaft des SDS werden in der Satzung politische Ziele zugewiesen. Es ist deshalb wohl begründet, wenn die Unvereinbarkeitserklärung des SPD-Parteivorstandes sich auch auf die Förderergesellschaften des SDS erstreckt. Daran kann auch die sehr rege Starthilfe nichts ändern, die Professor Wolfgang Abendroth dieser Förderergesellschaft gegeben hat. Diese Starthilfe widerspricht anscheinend nicht der Auffassung Professor Abendroths, bemüht sich doch Professor Abendroth, seinen Schülern beizubringen, dass man zur SPD und zur Gewerkschaft gehören muss, um eine breite Arbeitsbasis zu haben.

Abendroths "theoretische Bemühungen" stehen der "Neuen Linken" näher als dem Godesberger Programm. Es kann wohl kein Zweifel daran sein, dass die Mitgliedschaft in einer politischen Partei die Anerkennung ihrer entscheidenden politischen Prinzipien zur Voraussetzung hat. Deshalb ist es für die SPD nicht nur legitim, sondern notwendig, einmal festzustellen, in welchen Fragen eine innerparteiliche Opposition berechtigt ist, in welchen Fragen sie dem Selbstverständnis des demokratischen Sozialismus so zuwiderläuft, dass daraus Konsequenzen für die Mitgliedschaft zu ziehen sind.

Einzigste Grundlage: Godesberger Programm

Die CDU und die FDP haben im Wahlkampf auch mit dem Hinweis auf die ausbleibende Unvereinbarkeitserklärung von SPD und SDS erklärt, das Godesberger Programm sei nur Taktik. Die SPD hat sich deshalb nicht drängen lassen, dem SDS oder der FDP oder der CDU durch eine Unvereinbarkeitserklärung das gleiche Argument zu geben - denn auch diesen Beschluss hätte man als taktischen Schritt gewertet. Wenn die SPD jetzt, von diesem Vorwurf unbedrängt, deshalb für manche unerwartet ihre Entscheidung getroffen hat, dann betont sie damit sehr nachdrücklich, dass es ihr ernst ist mit dem Godesberger Programm und seinen politischen Konsequenzen. Das werden in der CDU und FDP jene Kreise zur Kenntnis nehmen müssen, die im Wahlkampf einen selbstverfertigten SPD-Popanz bekämpft haben.

Das wird nicht mehr möglich sein, das wird nicht mehr ausreichen und geht künftig daneben. Deshalb beleuchtet die grundsätzliche Entscheidung des SPD-Parteivorstandes auch einen neuen Abschnitt der deutschen Politik: der weltanschauliche Integralismus der konservativen CDU/CSU und der rechtskonservative Profitliberalismus der FDP haben sich in Zukunft nur mit der Sozialdemokratie des Godesberger Programms auseinanderzusetzen.

Würdelos

Eine notwendige Antwort an den DUD

sp - Bei den wohnungspolitischen Auseinandersetzungen um ernste Sachfragen will die CDU anscheinend nicht davon ablassen, diejenigen, die eine andere Auffassung vertreten als der Wohnungsbauminister, mit kommunistischen und bolschewistischen Tendenzen in Verbindung zu bringen. Diesen niedrigen und persönlich gehässigen Stil hat Bundeswohnungsbauminister Lücke in einer Antwortrede auf eine Kritik des SPD-Wohnungsbauexperten Dr. Brecht anlässlich der Haushaltsberatungen im Frühjahr 1961 eingeführt. Er hat damals die Kritik mit den Meldungen von ostzonalen Sendern in Verbindung gebracht. Der Stil eines solchen unsachlich geführten politischen Kampfes wurde schon damals angeprangert. Nun scheint die CDU diese Kampfweise auf dem Gebiet des Wohnungswesens auch im neuen Bundestag fortführen zu wollen.

So hat der Deutschland-Union-Dienst in einer Notiz in Nr. 209 vom 2. 11. die Brecht'schen Darlegungen, dass gemeinnützige Wohnungsunternehmen alle Wohn- und Nutzungsformen und nicht nur Eigenheime zu fördern hätten, mit dem Hintergrund einer Anweisung der sowjetischen "Iswestija" an die mit dem sowjetischen Baugeschehen betrauten Funktionäre in Verbindung gebracht. DUD versteigt sich sogar in einem Frage-satz zu der würdelosen Behauptung, die bolschewistische Zeitung hätte einen guten Zweck erfüllt, wenn es ihr gelingen sollte, die SPD und die von ihr beeinflussten gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften zu einer klaren Revision ihrer politischen Auffassung zu bewegen.

Man hält es einfach nicht für möglich, dass der Pressedienst der CDU mitten während der grossen Auseinandersetzungen über die kommunistischen Gewaltmaßnahmen auf ein solches Niveau absinkt und glaubt, sachliche Meinungsunterschiede statt mit Argumenten nur noch mit völlig abwegigen Hinweisen auf kommunistische Thesen und mit persönlichen Verdächtigungen austragen zu können. Die gleiche Methode wendet DUD auch noch gegen eine der grössten und bedeutendsten Wohnungs- und Siedlungsmaßnahmen der Bundesrepublik, die "Neue Vahr" in Bremen mit rund 10 000 neuen Sozialwohnungen an, für die sie bolschewistische Zensuren wünscht, weil sie als "Paradeponne sozialdemokratischer (bzw. gewerkschaftlicher) gemeinnütziger Wohnungsbaupolitik" angesehen wird.

Auf diese würdelose Art der Auseinandersetzung gibt es keine sachliche Antwort. Wenn das der neue CDU- und Regierungsstil ist, muss für die nächste Zeit Schlimmes erwartet werden. Nach Ansicht der CDU sollen künftig wohl alle diejenigen zu "Bolschewisten" und "Kommunisten" gestempelt werden, die eine andere Meinung haben als der Herr Wohnungsbauminister oder als die Regierung oder die CDU. Das ist ein Stil, der in autoritären Staatsformen üblich ist, der aber zu einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung mit freier Meinungsäusserung im krassen Gegensatz steht.

Zwei Millionen Algerien-Flüchtlinge

wpl - Zu den Begleiterscheinungen der Nachkriegszeit zählen Flüchtlingsbewegungen und Zwangsverschleppungen. Die größten Zwangsumsiedlungen betrieben die Sowjets und Chinesen in ihren eigenen Ländern, die Nationalsozialisten in Osteuropa und schließlich die Osteuropäer in Ostdeutschland. Seit einigen Jahren hat sich auch in Afrika eine Flüchtlingstragödie entwickelt. Von zehn Millionen muslimischen Algeriern sind im Verlaufe des "schmutzigen Krieges" bis Oktober 1958 rund 750 000, bis April 1959 über eine Million, bis Dezember 1960 etwa 1,8 Millionen Menschen von Haus und Hof geflohen oder von den Franzosen "evakuiert" worden, davon stammen 500 000 aus dem Gebiet von Oran, 600 000 aus der Umgebung von Algier und 700 000 aus der Gegend von Konstantin.

Im Sommer 1961 stieg die Zahl der Flüchtlinge und "Evakuierten" auf 2 075 256. Von diesen lebten 1,1 Millionen in Lagern mit festen Wohnhäusern und 900 000 in Erdlöchern. Um einer drohenden Hungersnot auszuweichen, wurden zu Beginn der algerisch-französischen Verhandlungen in Evian 100 000 der am schlechtesten Versorgten in ihre Heimat entlassen.

31 000 muslimische Algerier waren im Sommer dieses Jahres in französischen Gefängnissen, davon 15 000 in Frankreich. 28 000 Algerier leben in sogenannten "Beherbergungslagern" - Konzentrationslagern für politisch Suspekten -, davon 6000 in Frankreich und 10 000 in Übergangslagern. Nach Quellen der FLN werden 30 000 algerische Kriegsgefangene, nach französischen Quellen 8000 Kriegsgefangene in Lagern gehalten.

Dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) obliegt die Betreuung der Flüchtlinge aus Rotchina, Ungarn, der deutschen Sowjetzone, Spanien, Israel und Algerien. 270 000 Algerier haben in den letzten Kriegsjahren ihr Land verlassen. 120 000 suchten Zuflucht in Marokko, 150 000 in Tunesien. 15 Prozent der Flüchtlinge sind Greise, 35 Prozent Frauen, 50 Prozent Kinder. Die Mehrzahl dieser 140 000 Kinder lebt zusammen mit den Erwachsenen in Flüchtlingslagern. Nur 2000 Kinder, fast alle Vollwaisen, konnten in Heimen untergebracht werden.

Unterstützung fanden die Kinderheime durch den Internationalen Zivildienst, das Schweizerische Arbeiterhilfswerk, den FDGB und die anderen osteuropäischen Gewerkschaften, den jugoslawischen Schutzverband für Kinder und Jugendliche, das Oxford-Komitee, die Quäker, den deutschen Caritas-Verband, die französische Volkshilfe, die liberalen Franzosen in Marokko, die Gruppe "Témoignage Chrétien". Lehrer und Hauspersonal werden von der algerischen Regierung gestellt, die auch für die Leitung der Heime verantwortlich ist.

Die westlichen Staaten, unter ihnen an erster Stelle die USA, helfen den algerischen Flüchtlingen mit Spenden, die sie dem Internationalen Roten Kreuz zur Verfügung stellen. Die arabischen und die Ostblockländer überweisen ihre Spenden direkt an den Algerischen Roten Halbmond. Damit gewinnen sie gegenüber dem Westen einen propagandistischen Vorsprung. 1959 und 1960 standen Rotchina und die Vereinigte Arabische Republik an der Spitze der direkt helfenden Länder. Ihnen folgten die deutsche Ostzone, die Türkei, die UdSSR, Nord-Vietnam, die Tschechoslowakei, Libyen, Bulgarien, Kuwait, die Schweiz, Rumänien, Grossbritannien mit Privatspenden, Schweden, Tunesien, Italien, Nord-Korea, Jordanien, Norwegen, Polen, die Niederlande, Saudi-Arabien, Ungarn, Marokko, Japan, die deutsche Bundesrepublik mit Privatspenden, die USA ebenfalls mit Privatspenden, Finnland und Österreich.

+ + +

Solidarität

Ein beispielhafter Aufruf

In einem Aufruf an alle Mitglieder hat die deutsche religiöse Gemeinschaft Islam in München dem deutschen Volk ihr tiefempfundenen Solidaritätsgefühl und den Deutschen in der Ostzone, die einen heroischen Kampf für die religiöse, nationale und zivile Freiheit führen, ihre wärmste Sympathie bekundet. "Wir sind überzeugt", so heißt es in dem Manifest, "daß die für ihr Recht auf Selbstbestimmung und nationale Freiheit kämpfenden Deutschen alle Sympathien der ganzen freien Welt und nicht zuletzt auch der islamischen Welt besitzen". Die Gemeinschaft appelliert an die Führer der islamischen Staaten, in den Vereinten Nationen stets die Sache der durch den Kommunismus versklavten Völker zu vertreten.

Die deutsche religiöse Gemeinschaft des Islam ist zwar nur eine kleine Minderheit im Vergleich zu den anderen Konfessionen in der Bundesrepublik, aber dennoch sollte ihre klare Stellungnahme nicht unbeachtet bleiben. Sie sollte im Gegenteil dankbar als ein Exempel begrüßt werden, angesichts der aus dem Osten drohenden Gefahren alle noch so traditionellen trennenden Schranken des Denkens zu durchbrechen. Die islamische Gemeinschaft hat mit ihrer Solidaritätserklärung ein großes Verständnis für die gegenwärtige Krisensituation in der Welt bewiesen, der zu begegnen alle freiheitlichen Kräfte aufgerufen sind.

H.v.J.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel